

Große Bedenken münden in konstruktiven Dialog

120 Minuten Bürgerfragestunde im Ortsbeirat Ober-Erlenbach zu geplanten Flüchtlingsunterkünften

Ober-Erlenbach - Die Sitzung des Ortsbeirats Ober-Erlenbach am Dienstagabend war gut besucht: Gut 30 Bürger waren ins kleine Musikzimmer der Erlenbachhalle gekommen, um bei der Bürgerfragestunde über ihre Bedenken, Sorgen und Ängste in Bezug auf die beiden geplanten Unterkünfte für Geflüchtete in der Steinmühlstraße zu sprechen und Informationen einzufordern.

Zwei Stunden standen Ortsvorsteher Martin Burk (parteilos) und Stadträtin Lucia-Lewalter-Schoor (SPD) Rede und Antwort, wobei die Sozialdezernentin ihre Erfahrungen als Sozialarbeiterin und aus der Flüchtlingsarbeit einfließen ließ. Auch galt es, Missverständnisse auszuräumen. Die Befürchtung etwa, dass Grundschüler zu anderen Schulen geschickt werden könnten, sollte die Schule an ihre Kapazitätsgrenzen kommen. „Da geht es wenn dann um die Geflüchteten, Erlenbacher Schüler gehen hier zur Schule“, versicherte Lewalter-Schoor.

Wichtig, das wurde deutlich, ist eine transparente Information über beide Projekte und den jeweils aktuellen Stand, was Ausgestaltung, Konzept und Zeitplan angeht. Während Lewalter-Schoor für die Stadt liefern konnte („das habe ich geplant, da stehe ich dazu“), merkten sie und Burk an, dass der Kreis derzeit in einen neue Ausschreibungsrunde mit den kleineren Kapazitäten gehe.

Erfahrung mit der Flüchtlingshilfe hatten auch etliche Gäste vorzuweisen, etwa durch Engagement in der Unterkunft in Ober-Eschbach. Sie äußerten Bedenken. Zu viele Geflüchtete könnten den Ort und etwaige Helfer überfordern, Integration sei viel Arbeit und brauche ein haupt- wie ehrenamtliches Netzwerk. Auch müsse klar geregelt werden, wer nachts in die Unterkunft rein könne. Zentral sei das Erlernen der deutschen Sprache. Dabei müsse man im Hinterkopf haben, dass viele Geflüchtete nicht gewohnt seien zu lernen, weil sie nie in der Schule waren. Ebenso wichtig sei die Vermittlung von Werten wie Toleranz gegenüber Schwulen oder Lesben, Christen oder Juden. Auch müsse kommuniziert werden, dass etwa die Sauberkeit der Unterkunft Sache der Eigenverantwortung sei.

Lewalter-Schoor widersprach dem nicht. „Wir müssen den Menschen klar machen, dass sie in einem demokratischen Staat angekommen sind. Es ist unser gutes Recht, dass wir fordern und erwarten, dass unsere Werte gelten.“ Erste Hilfsangebote gebe es bereits. Auch betonte Lewalter-Schoor, dass die Unterkunft im Stadtwerke-Gebäude nicht von jetzt auf gleich voll belegt werde. Frühestens im August/September werde man die Einrichtung öffnen, dann kämen die Geflüchteten nach und nach. „Wir bekommen zwischen sechs und zehn Menschen pro Woche zugewiesen.“ Fakt sei aber auch, dass die Stadt ihre Quote gegenüber dem Kreis erfüllen müsse, nachdem man dies zwei Jahre nicht habe machen müssen. Geflüchtete werden mittelfristig in ähnlicher Größenordnung auch in den anderen Stadtteilen untergebracht werden - auch in Dornholzhausen, wo derzeit keine wohnen.

Insgesamt lebten derzeit 1116 Asylbewerber in der Stadt, 756 männliche und 360 weibliche - davon sind jeweils rund 100 minderjährig. „So in der Art wird die Zusammensetzung auch in der städtischen Unterkunft sein“, betonte die Stadträtin. Der Kreis plane ebenfalls eine Durchmischung. Dem Einwand, dass die Unterbringung zulasten der Obdachlosen gehe, widersprach sie scharf.

Was die Sicherheit anging, verwies Lewalter-Schoor auf Erfahrungen mit der Unterkunft im Niederstedter Weg, wo die HTG und ein Fitnessstudio direkte Nachbarn sind. „Das läuft seit Jahren geräuschlos“, auch im Umfeld anderer Unterkünften gebe es nicht signifikant mehr Straftaten. Auch ist der Einsatz von Security eingeplant. Sie stellte aber auch klar: „Es kommen Menschen. Fleißige und faule.“ Eine Bürgerin gab wieder, was der Oberbürgermeister auf dem Neujahrsempfang der IGO gesagt habe. „Die Leute, die jetzt kommen, sollten nicht unter Generalverdacht gestellt werden.“

Befürchtungen, es könnten schleichend doch mehr Geflüchtete im Ort untergebracht werden, trat Lewalter-Schoor entgegen: „Sie haben das Wort von Landrat Krebs, Oberbürgermeister Hetjes und mir: Es werden 150 und 90.“ Dies sei, so Burk, auf jeden Fall besser als die zuvor im Raum stehenden höheren Zahlen. Er berichtete von seinem Treffen mit dem Landrat und dem Oberbürgermeister. Auch die Bürgerinitiative, die mittlerweile eine Petition gestartet hat, hatte sich mit den Entscheidern getroffen. Und es hat Gespräche zwischen BI und Ortsbeirat gegeben.

Man wird miteinander im Gespräch bleiben. Den Bürgern, die sich zu Wort meldeten war es wichtig zu betonen, dass man nicht generell gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Ort sei, aber nach wie vor mit der Anzahl hadere. Mit den 90 im Stadtwerke-Gebäude, so bilanzierte ein Vertreter der Bürgerinitiative, werde man gut zurecht kommen - sogar Unterstützung wurde signalisiert.

In der eigentlichen Ortsbeiratssitzung stimmte das Gremium einstimmig für die Vorlage, im derzeitigen Stadtwerkegebäude die Unterkunft zu etablieren. Den beiden Vertretern der Grünen war es wichtig zu betonen, dass ihnen der Anteil der Sozialarbeit zu gering ist. Die Ankündigung, eine politische Initiative zu starten, goutierte Lewalter-Schoor. hko